

OLIVIER  
CURTY

---

**DIE VERANTWORTUNG,  
EINE FREIE  
GESELLSCHAFT  
MITZUGESTALTEN**

*clc*

**Die Hefte der Mitte**

**N° 3**



# 1

---

Verantwortung wird in der Öffentlichkeit oft mit Anstrengung, Last und Druck gleichgesetzt. «Ein Staatsrat muss doch so viel Verantwortung tragen», bekomme ich aus der Bevölkerung immer wieder zu hören. Meist wird der Satz mit einer Mischung aus Mitleid und Bewunderung ausgesprochen, als verstünde man nicht genau, warum jemand ein solches politisches Mandat überhaupt auf sich nimmt. Auch von der Bürde des Amtes ist häufig die Rede. Das geläufige Bild weckt den Eindruck, ein Exekutivpolitiker verbringe seine Tage unter anderem damit, schwere Gegenstände hin und her zu schleppen.

## **Mehr Würde als Bürde**

Am Ende meiner ersten Legislatur als Staatsrat darf ich bestätigen, dass das Amt tatsächlich eine physische Kraftanstrengung erfordert. Diese ergibt sich aus den langen Arbeitstagen, den zahllosen Sitzungen auf kantonaler und nationaler Ebene, den öffentlichen Auftritten und der Vorbereitung anspruchsvoller Geschäfte...

Zudem ist die Liste der Verantwortlichkeiten eines Mitglieds des Staatsrates lang. Zusätzlich zu den kollektiv wahrgenommenen Aufgaben der Kantonsregierung setzt sie sich aus den Themenbereichen zusammen, die in der jeweiligen Direktion angesiedelt sind. Als Volkswirtschaftsdirektor habe ich das Privileg, mich um einen besonders breiten Aufgabenbereich kümmern zu dürfen. Denn die Volkswirtschaftsdirektion zeichnet namentlich für die Wirtschaftsförderung, die Energiepolitik, den Arbeitsmarkt, den Tourismus, die Berufsbildung, die Fach-

hochschulen und die Wohnungspolitik verantwortlich. Weiter umfasst sie das Handelsregister, die öffentliche Arbeitslosenkasse sowie das Amt für Statistik und neu die aktive Bodenpolitik und Innovationsförderung. Auch die Verantwortlichkeit für die Aussenbeziehungen liegt bei der Volkswirtschaftsdirektion, d.h. insbesondere die Vertretung des Staatsrates in der Konferenz der Kantonsregierungen.

Aus dieser Liste von Aufgaben ergibt sich konkret die Verantwortung für das einwandfreie Funktionieren dieser staatlichen Einrichtungen. Dazu gehören auch die effiziente Nutzung der staatlichen Mittel und die Personalführung der rund 1500 Angestellten der Volkswirtschaftsdirektion. Schliesslich obliegt es dem Volkswirtschaftsdirektor, die Weiterentwicklung des Kantons in allen erwähnten Bereichen voranzutreiben, die Prioritäten festzulegen und entsprechende strategische Entscheidungen zu fällen. Im Rückblick kann ich heute festhalten, dass mir die Verantwortung mehr als Würde denn als Bürde vorkam. Die Möglichkeit, mit konkreten Projekten einen Beitrag an die Weiterentwicklung des Kantons zu leisten, nehme ich als Verantwortung und Privileg zugleich wahr.

# 2

---

## **Gestalten statt zuschauen**

Zu Beginn ist es durchaus anspruchsvoll, sich in die zahlreichen Aufgaben einzuarbeiten, die mit dem Amt verbunden sind. Die Breite und Vielschichtigkeit der Verantwortlichkeiten gebietet zudem Respekt und Vertrauen in die Dienstchefs und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Glücklicherweise stellen sportliche Herausforderungen und Hindernisläufe für mich als ehemaligen Leichtathletikläufer nichts Ungewohntes dar. Ich habe deswegen die Aufgabe vor fünf Jahren mit viel Enthusiasmus angegangen, ganz nach dem Motto: Wer Verantwortung will, muss schleppen lernen.

Diese Gestaltungsmöglichkeit erwies sich insofern als besonders spannend, als sie auf ganz grundlegende Herausforderungen bezog. Wie stärken wir die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons? Wie stellen wir sicher, dass neue Arbeitsplätze für die stetig wachsende Bevölkerung entstehen? Wie sichern wir die Wertschöpfung von morgen? Und auf welche Weise schaffen wir es, dass viel zitierte Begriffe wie Digitalisierung, Innovation und Nachhaltigkeit nicht bloss Schlagwörter bleiben, sondern eine konkrete, sinnvolle Umsetzung erfahren?

Die zahlreichen Projekte, die die Volkswirtschaftsdirektion in den letzten Jahren vorantrieb, stellen eine erste Antwort auf diese Fragen dar. Im gesetzgeberischen Bereich wurden die geltenden Bestimmungen überprüft, modernisiert und vereinfacht und die Weichen für die Zukunft gestellt. So trat 2019 das

neue Wirtschaftsförderungsgesetz in Kraft, das insbesondere den Freiburger KMU und Jungunternehmen massgeschneiderte Unterstützungsmöglichkeiten bietet. Das revidierte Tourismusgesetz vereinfacht die Strukturen der Freiburger Tourismuspolitik, nutzt bestehende Synergien stärker und misst der Nachhaltigkeit einen zentralen Stellenwert bei. Das Energiegesetz, eines der fortschrittlichsten der Schweiz, legt den Weg zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Energieversorgung.

Schliesslich trat Anfang 2020 das Gesetz über die aktive Bodenpolitik in Kraft. Dieses erlaubt es dem Kanton, subsidiär Grundstücke für wirtschaftliche Tätigkeiten zu erwerben, zu verwalten und zu entwickeln, um sie Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Ich bin überzeugt, dass die aktive Bodenpolitik als Wirtschaftsförderungsinstrument in den kommenden Jahren eine massgebliche Rolle für die Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik des Kantons spielen wird.

# 3

---

## **Verantwortung in Krisenzeiten**

Als am 25. Februar 2020 in der Schweiz der erste Fall von Sars-CoV-2 bestätigt wurde und die Coronakrise begann, bekam der Begriff der Verantwortung unweigerlich eine neue Dimension.

Mit dem Ausbruch der Pandemie wandelte sich die Verantwortung zu einer existenziellen Frage, nicht nur auf individueller, sondern auch auf politischer Ebene. Gesundheitsminister zu sein bedeutete nun, die Spitäler vor dem Kollaps zu bewahren und die medizinische Grundversorgung zu gewährleisten. Als Volkswirtschaftsdirektor oblag mir die Aufgabe, in unserem Kanton trotz der massiven, weltweiten Einschränkungen der wirtschaftlichen Tätigkeiten eine Konkurs und Entlassungswelle historischen Ausmasses zu verhindern. Zudem stellte sich die Frage, wie trotz der Schliessung von Unternehmen und Fachhochschulen die Ausbildung der Jungen weiter sichergestellt werden konnte. Angesichts des Ausmasses der Herausforderungen verschlug es zu Beginn der Krise zahlreichen Amtsträgerinnen und Amtsträgern – und so auch mir – buchstäblich den Atem.

Erschwerend kam hinzu, dass das Verlangen nach einer staatlichen Hilfestellung beziehungsweise Intervention rasch zunahm. In dieser Situation wurden die Politiker von einem Moment auf den anderen zu Krisenmanagern. Es ging nun nicht mehr um Schönwetter-Politik, sondern um rasches, entschlossenes Handeln unter noch nie dagewesenen und daher völlig unvorhersehbaren Umständen. Dabei mussten immer wieder

ganz grundsätzliche Fragen beantwortet werden: Ab welchem Punkt richten gesundheitspolitische Einschränkungen mehr Schaden an, als sie verhindern? Wie können wirtschaftliche Unterstützungsmassnahmen so gestaltet werden, dass sie gerecht sind und nicht einzelne Branchen oder Akteure diskriminieren oder bevorteilen? Sollen Massnahmen erst eingeleitet werden, wenn der Bund die entsprechenden Grundlagen erarbeitet hat? Oder ist es dann für viele unserer Unternehmen schon zu spät?

Während der Coronakrise war und bleibt es unser oberstes Ziel, Arbeitsplätze zu sichern sowie Konkurse und Entlassungen zu vermeiden. Denn die Menschen in unserem Kanton sollten ihren Lebensunterhalt weiterhin selbst bestreiten können. All denjenigen, die sich plötzlich mit existenziellen Schwierigkeiten konfrontiert sahen, mussten rasch und unbürokratisch geholfen werden.



# 4

---

## **Der Mensch im Zentrum der Regierungsverantwortung**

Die im Frühling und Herbst 2020 vom Staatsrat in Abstimmung mit dem Bund getroffenen wirtschaftlichen Sofortmassnahmen trugen dazu bei, dass es im Kanton kaum zu Massenentlassungen und Betriebsschliessungen kam, obwohl die Zahl der Stellensuchenden rasch in die Höhe schnellte. Die Kurzarbeit erwies sich in der Krise als besonders wichtiges Instrument. Mit Covid-Krediten konnte zudem die Liquidität der Unternehmen gesichert werden. Weitere entscheidende Unterstützungsmassnahmen kamen der Gastronomie, dem Tourismus und den Medien zugute. Freiburg ging dabei wesentlich weiter als die meisten anderen Kantone.

Während der Sommerferien 2020 erarbeiteten wir ein Wiederankurbelungsplan für die Freiburger Wirtschaft, der Investitionen von 60 Millionen vorsah, in der Hoffnung, dass die Krise im Herbst vorbei wäre. Den gesetzlichen Rahmen für die Härtefallmassnahmen liess der Kanton Freiburg, als einer der ersten Kantone, bereits im August 2020 vom Grossen Rat verabschieden. In der Folge mussten die kantonalen Bestimmungen in mehreren Schritten an die sukzessive eintreffenden Bundesentscheide angepasst werden. Dies sorgte für eine verständliche Unzufriedenheit. Der Vorteil dieser Vorgehensweise lag aber darin, dass die Überweisungen von Akontozahlungen für die darbedenden Unternehmen sehr rasch erfolgen konnten.

Schliesslich war die Unterstützung der öffentlichen Hand nur ein Element, das zur Bewältigung der Krise beitrug. Es war eine kollektive Antwort, ein gemeinsamer Kraftakt – eine geteilte Verantwortung – aller Akteure, die zu diesem Resultat beitrug. Ich war und bin immer noch beeindruckt, was das Gesundheitspersonal, die Lehrerinnen und Lehrer, die Unternehmer, die Selbständigerwerbenden, die Arbeitnehmer, die Jugendlichen, die Polizei, wir alle als Kollektiv in dieser Krise geleistet und mit welcher Entschlossenheit und Stärke wir dem Zyklon die Stirn geboten haben. Unsere Gesellschaft geht gestärkt aus dieser Prüfung hervor.

Trotz der eindrücklichen wirtschaftlichen Erholung der letzten Monate ist die Krise im Moment noch nicht ausgestanden. Die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt eine grosse Herausforderung. Dramatisch bleibt die Lage teilweise für die Selbständigerwerbenden. Nicht wenigen von ihnen wurde während Monaten faktisch ein Arbeitsverbot auferlegt, das sich oft nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und emotional als folgenschwer erwies. Der Staatsrat ist daher weiter gefordert, die Auswirkungen der Krise zu mildern und die direkt Betroffenen zu unterstützen. Es handelt sich bei der Covid-19-Pandemie leider um einen Marathon mit Verlängerung.

Als persönliche Zwischenbilanz kann ich festhalten, dass mich die Coronapandemie nicht nur stark forderte, sondern auch in meinen Überlegungen zu den Grundprinzipien des politischen Handelns weiterbrachte. Während der schwierigen Wochen des ersten Lockdowns und darüber hinaus erwies sich die Ausübung der Regierungsverantwortung mit einem Mal als drängende Notwendigkeit. Bund und Kantone mussten einspringen, um den wirtschaftlichen Einbruch von historischem Ausmass aufzufangen. Politische Massnahmen, die in gewöhnlichen Zeiten als staatlicher Interventionismus zurückgewiesen worden wären, wurden nun plötzlich mit viel Nachdruck gefordert. Dieser Wandel zeigt die Grenzen starrer politischer und ideologischer Haltungen auf.

Im Mittelpunkt des staatlichen Handelns und der Ausübung der Regierungsverantwortung muss stets der Mensch stehen. Auf dem Höhepunkt der Coronakrise waren dies der Unterneh-

mer, dessen Einkünfte von einem Tag auf den anderen wegbrachen, Angestellte in Kurzarbeit, das überlastete Gesundheitspersonal, die Polizei und viele andere mehr. Die Verantwortung verband sich mit dem Gedanken der Solidarität. Gleichzeitig war es wichtig, an den wichtigsten Grundprinzipien unserer Gesellschaft festzuhalten, nämlich der Freiheit sowie der Verhältnismässigkeit und Subsidiarität des staatlichen Handelns. Diese Überzeugung teilte ich namentlich mit den Volkswirtschaftsdirektoren der anderen Kantone, mit denen ich mich stets für möglichst differenzierte Lockdownmassnahmen einsetzte.

# 5

---

## Zurück in die Normalität?

Angesichts der Intensität der letzten Monate sehnt man sich als kantonaler Volkswirtschaftsdirektor hin und wieder mit einer gewissen Nostalgie an die Zeit vor der Pandemie, als die Ereignisse noch überschaubar und die Abläufe planbar schienen. Eine solche «Pandemiemüdigkeit» empfinden wohl zahlreiche Menschen in unserem Kanton, insbesondere die Jungen, die in den letzten eineinhalb Jahren in ihren Lebenswelten massiv eingeschränkt waren.

Allerdings handelt es sich bei dieser Sehnsucht nach der Welt zuvor wohl um Wunschdenken. Denn historische Erfahrungen machen deutlich, dass Pandemien oft nachhaltige Veränderungen nach sich ziehen. Bei der Covid-19-Pandemie dürfte dies nicht anders sein. Die Erfahrung des Lockdowns wirkte sich nicht nur auf unsere individuellen Gewohnheiten aus, sondern beschleunigte auch zahlreiche technologische Entwicklungen, vom Fernunterricht über den E-Commerce bis zur Automatisierung. Dazu kommen geopolitische Veränderungen und neue Wohlstandgefälle, deren Tragweite derzeit noch kaum absehbar sind. Oft ist deswegen im Zusammenhang mit dem Ende der Pandemie von einer «neuen Normalität» die Rede. Die Krise hat uns alle verändert. Die Welt wird nicht mehr so sein wie vor dem November 2019.

Die sogenannte «neue Normalität» ist inzwischen zu einem Schlagwort geworden, das mit ganz unterschiedlichen Entwicklungen in Verbindung gebracht wird, von Abstandsregeln

über Arbeitsmodelle bis zu Essgewohnheiten. Dennoch scheint mir der Gedanke auch für meine politische Arbeit und die Ausübung meiner Verantwortung als Staatsrat und Volkswirtschaftsdirektor interessant. Denn das Neue impliziert einen Bruch, ein Infragestellen von Gewohnheiten und Strukturen. Und genau darin liegt aus meiner Sicht die Chance der Zeit, die nun auf uns zu kommt.

Ein kürzlich erschienener Bericht des Gottlieb-Duttweiler-Instituts (Prävention im Umbruch. Stabile Routinen in instabilen Zeiten, GDI, 2021) kommt zum Schluss, dass die meisten Menschen Gewohnheitstiere sind und täglich fast das Gleiche tun. In einer Studie, in der die Teilnehmenden stündlich angaben, womit sie sich gerade beschäftigen, fanden Forschende heraus, dass nicht weniger als 40% unseres Alltags durch Gewohnheiten bestimmt sind. Gewohnheiten wurden dabei als das Verhalten definiert, das täglich immer am gleichen Ort stattfindet. Die Coronakrise zwang uns dazu, viele dieser Verhaltensweisen und Rituale unter dramatischen Umständen in kürzester Zeit anzupassen. Neben der Belastung, die mit einer solchen Situation unweigerlich verbunden ist, ergibt sich daraus die einmalige Gelegenheit, aus alten Denk und Verhaltensmustern auszureissen und Neues auszuprobieren. Dies gilt auch für die Politik. Die «neue Normalität» bestünde also darin, die Routine entschlossen zu bekämpfen, einengende Gewohnheiten abzustreifen und sich vermeintlich unkonventionellen Ansätzen nicht zu verschliessen.

Vieles deutet darauf hin, dass eine solche Flexibilität in Zukunft nicht nur wünschenswert, sondern unerlässlich sein wird. Denn wir werden auch nach dem Ende der Pandemie mit raschen, weitreichenden Veränderungen unseres Alltags konfrontiert sein. Ein wichtiges Stichwort in diesem Zusammenhang ist die Klimakrise, deren Auswirkungen mit einer immer grösseren Dramatik zutage treten. Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Überschwemmungen oder Dürren werden auch das Leben in der Schweiz in vielerlei Hinsicht verändern. Die technologischen Veränderungen bringen es gleichzeitig mit sich, dass Routine auch im Arbeitsleben immer weniger präsent sein wird und wir unsere Kompetenzen ständig werden anpassen müssen. In Zeiten der Flexibilität und des lebens-

langen Lernens gehört die scheinbar stabile, gewohnheitsmäßige Erwerbsarbeit längst der Vergangenheit an. Schliesslich werden in den kommenden Jahren auch Phänomene wie der demografische Wandel, Migration und geopolitische Entwicklungen unsere Gewohnheiten durcheinanderbringen.

Angesichts dieser vielfältigen Veränderungen steht die Politik in der Verantwortung, nach der Pandemie nicht in die Routine des «courant normal» zurückzukehren, obwohl diese Versuchung auf den ersten Blick verlockend scheinen mag. Vielmehr sind mehr denn je unkonventionelle und mutige Lösungsansätze gefragt. Darin liegt einerseits die Herausforderung, andererseits aber auch der Reiz der «neuen Normalität», die auf uns zukommt.

# 6

---

## **Kurs auf die neue Legislatur**

Obschon das endgültige Verdikt erst am 28. November 2021 nach dem zweiten Wahlgang fallen wird, hat die neue Legislatur in meinem Kopf bereits begonnen. Die Freiburgerinnen und Freiburger verdienen es, dass sich die Mandatsträger bis zum allerletzten Tag mit vollem Engagement für ihren Kanton einsetzen. Dazu gehören auch die Planung und Vorbereitung der unmittelbar bevorstehenden politischen Geschäfte.

Im gesetzgeberischen Bereich wartet das neue Tourismusgesetz auf die Behandlung durch den Grossen Rat. Gleichzeitig stehen die Arbeiten an einer ambitionierten Revision des Berufsbildungsgesetzes an. Es handelt sich um ein besonders wichtiges Vorhaben, mit dem ich das Ziel verfolge, den gesetzlichen Rahmen im Bereich der Berufsbildung an die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre anzupassen. Wichtige Stichworte in diesem Zusammenhang sind die Flexibilität der Ausbildung, die Ausrichtung der Berufsbildung auf das lebenslange Lernen, die Mobilität der Lernenden und die Vermittlung berufsübergreifender Kompetenzen.

Nicht zuletzt wird uns auch die Coronakrise weiter beschäftigen. Hier wird es in erster Linie darum gehen, die ausserordentlichen Unterstützungsmassnahmen zu beenden, sobald die Lage dies erlaubt. Dieser Ausstieg aus der Krise ist ein heikler Moment. Erfolgt er zu früh und zu radikal, werden die bereits erzielten Resultate zunichte gemacht. Erfolgt er zu spät, kann es zu Wettbewerbsverzerrungen und zu einer unerwünschten Strukturhaltung kommen.

Gleichzeitig ist es wichtig, die Unterstützungsmassnahmen sorgfältig zu analysieren. Denn die Coronakrise war in gewisser Hinsicht auch ein interessantes Labor. Aus der Krisenerfahrung lassen sich wichtige Erkenntnisse für die Wirtschaftspolitik gewinnen. Dies gilt namentlich für die Massnahmen im Bereich der Innovationsförderung und der Weiterbildung, die auf eine langfristige Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der Wettbewerbsfähigkeit des Kantons zielen.

Der politische Handlungsbedarf während der bevorstehenden Legislatur beschränkt sich allerdings nicht auf diese unmittelbaren Herausforderungen. Die Klimakrise, die sich im Verlauf des Jahrzehntes gemäss den jüngsten Prognosen weiter verschärfen wird, erfordert auch in unserem Kanton ein rasches und entschlossenes Vorgehen. Neben dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energieträger ist es notwendig, in wichtigen Wirtschaftssektoren wie der Land- und Forstwirtschaft sowie dem Tourismus die klimatischen Veränderungen zu antizipieren. Als Volkswirtschaftsdirektor ist es mir ebenfalls ein Anliegen, dass die Kreislaufwirtschaft in den kommenden Jahren kein Schlagwort bleibt, sondern eine konkrete Umsetzung erfährt. Denn es handelt sich dabei um einen Ansatz, der nicht nur aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit vielversprechend ist. Im Kanton Freiburg mit seinen zahlreichen KMU und dem traditionell hohen Stellenwert von Handwerk und verarbeitendem Gewerbe eröffnet die Kreislaufwirtschaft die Möglichkeit, die lokale Wertschöpfung dauerhaft zu stärken.

Die Raumplanung stellt eine weitere, wichtige Baustelle der kommenden Legislatur dar. Hier gilt es, flexiblere Ansätze anzustreben, um die Umsetzung vielversprechender Vorhaben zu ermöglichen. Schliesslich braucht es in der Spitalplanung und in der Gesundheitsversorgung einen Neustart. Im Rahmen einer kantonalen Planung muss das zukünftige Angebot definiert sowie klar und offen kommuniziert werden, mit einer Perspektive für alle Regionen. Integrierte Ansätze und die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren können dazu beitragen, ein dichtes Netz an Versorgungseinrichtungen beizubehalten, das den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht und gleichzeitig finanzierbar bleibt.



Ein besonderes Anliegen ist mir, dass unser Kanton die anstehenden Herausforderungen mit mehr Selbstbewusstsein und Ehrgeiz angeht. Die schon fast sprichwörtliche Freiburger Bescheidenheit und Zurückhaltung hemmen unsere eigene Entwicklung. Freiburg ist kein Pendlerkanton, eingeklemmt zwischen der Deutsch und der Westschweiz. In zahlreichen Bereichen haben wir vielmehr das Potenzial, eine nationale Vorreiterrolle zu übernehmen. Dies gilt besonders für den Lebensmittelbereich und das Wohnen der Zukunft.

Vielorts eröffnet sich die Möglichkeit, Neues zu wagen, kreativ zu sein. Namentlich in der Bildungspolitik braucht es unkonventionelle Ansätze, um die Herausforderung des lebenslangen Lernens zu bewältigen. Warum schaffen wir nicht die Voraussetzungen, damit alle Erwachsenen künftig pro Jahr eine Woche frei zur Verfügung haben, um sich weiterzubilden? Auch in der Innovationspolitik gilt es, bestehende Modelle zu überdenken. Denkbar ist beispielsweise ein Exzellenz-Programm, um Spitzenforscherinnen und Jungunternehmer nach Freiburg zu holen. Schliesslich kann ein Freiburger Nachhaltigkeitslabel dazu beitragen, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

Im Energiebereich werden wir die Wende hin zu den neuen erneuerbaren Energien mit dem aktuellen Rhythmus nicht schaffen und damit die Klimaziele verfehlen. Hier braucht es neue Ansätze, um vorerst der Photovoltaik einen neuen Schub zu geben. Wieso nicht schweizweit einen einheitlichen Tarif für die Einspeisung von überschüssiger Solarenergie ins Stromnetz festlegen, der die Hauseigentümer und Unternehmen ermuntert, die grösstmögliche Fläche mit Solarzellen zu bedecken? Schliesslich muss die Verwaltung den während der Covid-19 Krise an den Tag gelegten Elan mitnehmen und Verfahren, wie beispielsweise die Erteilung von Baugesuchen überdenken, respektive vereinfachen und beschleunigen.

# 7

---

## **Kraftvoll gemeinsam in die Zukunft**

Angesichts dieser Herausforderungen ist es vielleicht angebracht, das einleitend erwähnte Bild von der Bürde und der Verantwortung etwas nuancierter darzustellen. Zwar lastet auf den Amtsträgerinnen und Amtsträgern durchaus eine Verantwortung. Doch sie teilen sie mit den anderen Menschen in unserem Gemeinwesen. Unser Gesellschaftsmodell beruht in erster Linie auf der Verantwortung und der Freiheit des Einzelnen. Es ist die Verantwortung, einer freien Gesellschaft anzugehören und diese mitzugestalten. Die Pandemie hat gezeigt, dass unser Gemeinwesen nur Bestand haben kann, wenn die Menschen Verantwortung übernehmen und sich verantwortlich zeigen, als Individuen und als Mitglied der Gesellschaft. Diese geteilte Verantwortung bedingt auch den Dialog, den Austausch mit Gleichgesinnten und Andersdenkenden. Er stellt die Grundlage unseres Zusammenlebens dar.

Die neue Legislatur verspricht anspruchsvolle Baustellen und spannende Projekte. Sie stellen den Antrieb für meine Kandidatur dar. Während der nächsten Legislatur möchte ich mich mit aller Energie und vollem Engagement dafür einsetzen, dass unser Kanton die bestehenden Chancen nutzt und die dafür nötigen Risiken ohne falsche Scheu auf sich nimmt. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit einer neuen Regierungsequipe dieses Ziel in Angriff zu nehmen und dafür ein ehrgeiziges Regierungsprogramm für die kommenden fünf Jahre zusammenzustellen.



ISBN : 978-2-9701548-1-5



9 782970 154815 >

**Die  
Mitte** )

Die Mitte Freiburg  
Route de Beaumont 20  
CH - 1700 Fribourg